

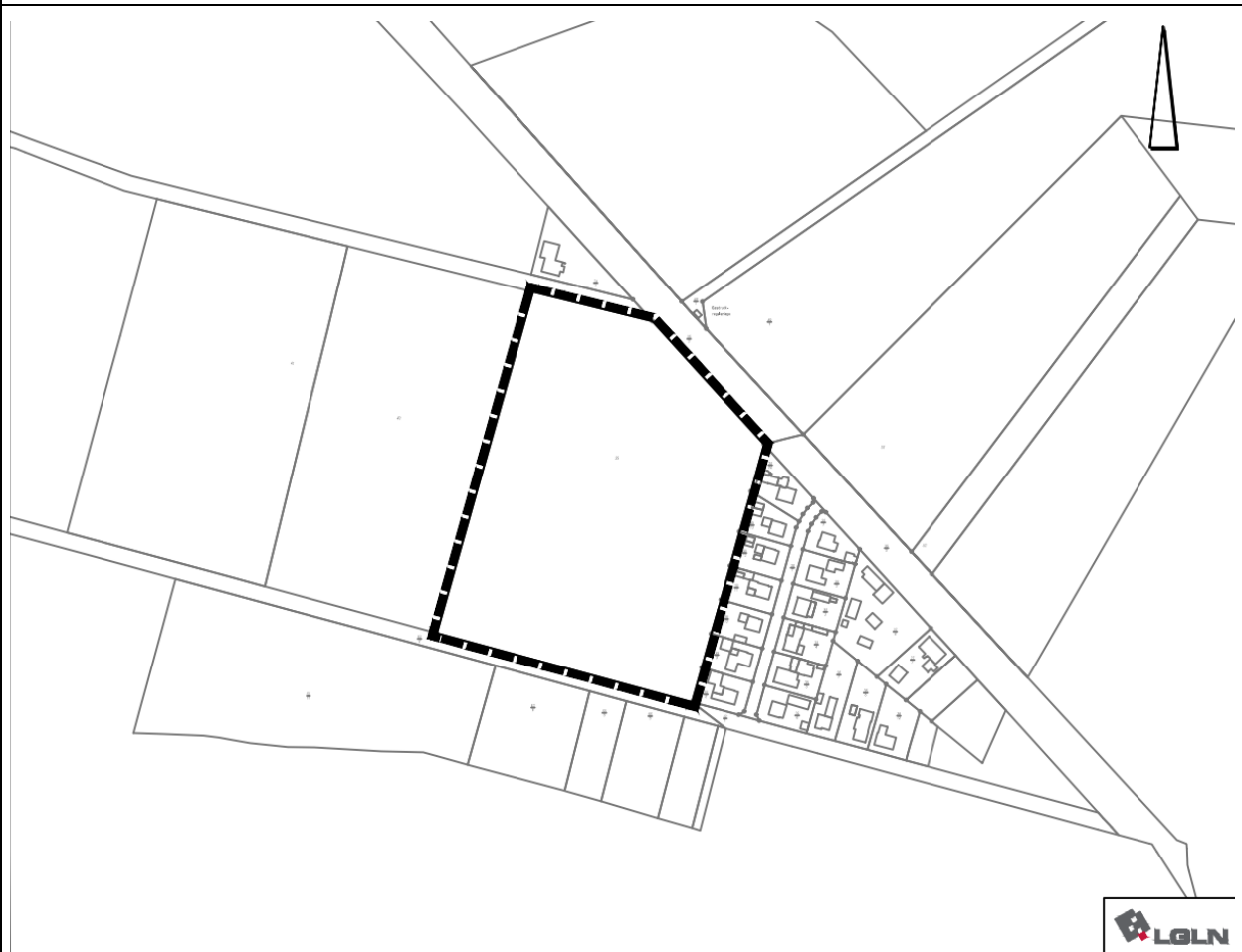
Gemeinde Cappeln

Landkreis Cloppenburg



Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 40 „Cappeln, westlich Cappelner Damm“

Begründung



Vorentwurf

Juni 2022

NWP Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1
26121 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0
Telefax 0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche
Planung und Forschung

Postfach 3867
26028 Oldenburg

E-Mail info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de



Inhalt

Teil I: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung.....	2
1. Planungsanlass und Ziele	2
2. Planungsrahmenbedingungen	3
2.1 Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen	3
2.2 Regionales Raumordnungsprogramm 2005.....	3
2.3 Flächennutzungsplan 2000+.....	3
2.4 Beschreibung des Änderungsbereiches.....	3
2.5 Bebauungspläne.....	5
3. Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung	5
3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren	5
3.2 Planungsrelevante Belange	6
3.2.1 Belange der Raumordnung.....	6
3.2.2 Bodenschutzklausel und Umwidmungssperrklausel.....	6
3.2.3 Verkehrliche Belange.....	7
3.2.4 Belange der Wasserwirtschaft	7
3.2.5 Belange der Ver- und Entsorgung / Leitungen	7
3.2.6 Belange des Denkmalschutzes.....	7
3.2.7 Altlasten.....	7
3.2.8 Belange des Immissionsschutzes / Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse	7
3.2.9 Natur und Landschaft, Eingriffsregelung, Artenschutz.....	8
3.2.10 Belange der Landwirtschaft.....	9
3.2.11 Belange des Klimaschutzes	9
3.2.12 Sonstige Infrastruktur.....	9
4. Inhalte des Bebauungsplanes	9
1.1. Darstellungen der Änderung des Flächennutzungsplanes	9
5. Ergänzende Angaben.....	10
5.1 Städtebauliche Übersichtsdaten	10
5.2 Daten zum Verfahrensablauf	10
Teil II: Umweltbericht	11
1 Einleitung.....	11
1.1 Inhalte und Ziele des Bauleitplanes	11
1.2 Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung	11
1.3 Ziele des speziellen Artenschutzes – Artenschutzprüfung (ASP)	16
1.3.1 Relevante Arten, Situation im Änderungsbereich	17
1.3.2 Prüfung der Verbotstatbestände	18
2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen	19
2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario).....	19
2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	19
2.1.2 Fläche und Boden.....	21

2.1.3	Wasser	22
2.1.4	Klima und Luft.....	22
2.1.5	Landschaft	23
2.1.6	Mensch.....	23
2.1.7	Kultur- und sonstige Sachgüter.....	23
2.1.8	Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	23
2.2	Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung	24
2.3	Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung	24
2.3.1	Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	25
2.3.2	Auswirkungen auf Fläche und Boden.....	25
2.3.3	Auswirkungen auf das Wasser.....	26
2.3.4	Auswirkungen auf Klima und Luft.....	26
2.3.5	Auswirkungen auf die Landschaft	26
2.3.6	Auswirkungen auf den Menschen	26
2.3.7	Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter.....	27
2.3.8	Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	27
2.4	Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen	27
2.4.1	Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen	27
2.4.2	Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen.....	29
2.5	Anderweitige Planungsmöglichkeiten.....	29
2.6	Schwere Unfälle und Katastrophen.....	29
3	Zusätzliche Angaben.....	29
3.1	Verfahren und Schwierigkeiten	29
3.2	Geplante Maßnahmen zur Überwachung.....	30
3.3	Allgemein verständliche Zusammenfassung	30
3.4	Referenzliste der herangezogenen Quellen	32
	Anhang zum Umweltbericht	33

Teil I: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung

1. Planungsanlass und Ziele

Die Gemeinde Cappeln beabsichtigt, durch die Aufstellung der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Wohngebietes am nordwestlichen Rand des Kernortes Cappeln zu schaffen. Die Gemeinde Cappeln verfolgt mit der vorliegenden Planung die Schaffung von Wohngrundstücken zur Sicherung der Eigenentwicklung. Es besteht ein anhaltender Bedarf nach Einzel- und Doppelhäusern, der durch die Planung mit ca. 500 m² bis 800 m² großen Grundstücken zum Teil gedeckt werden kann. Grundlage der Planung ist ein städtebaulicher Entwurf des Planungsbüros NWP. Vorgesehen ist eine Haupteinschließung vom Cappelner Damm und daran angebunden eine interne Ringerschließung.



Abbildung 1: Städtebaulicher Entwurf (NWP 2022)

2. Planungsrahmenbedingungen

2.1 Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen

Das Landesraumordnungsprogramm (LROP) legt die Ziele der Raumordnung und Landesplanung fest, die der Erfüllung der in § 1 des Nds. Gesetzes der Raumordnung und Landesplanung gestellten Aufgaben und der Verwirklichung der Grundsätze des § 2 des Raumordnungsgesetzes des Bundes dienen.

Für das Änderungsbereich trifft das LROP 2017 keine räumlich konkreten Aussagen.

2.2 Regionales Raumordnungsprogramm 2005

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2005 des Landkreises Cloppenburg ist die Gemeinde Cappeln als Grundzentrum eingestuft. Das Änderungsbereich der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes ist dem Kernort Cappeln zugewiesen. Weitere Aussagen werden im RROP 2005 für den Änderungsbereich nicht getroffen.

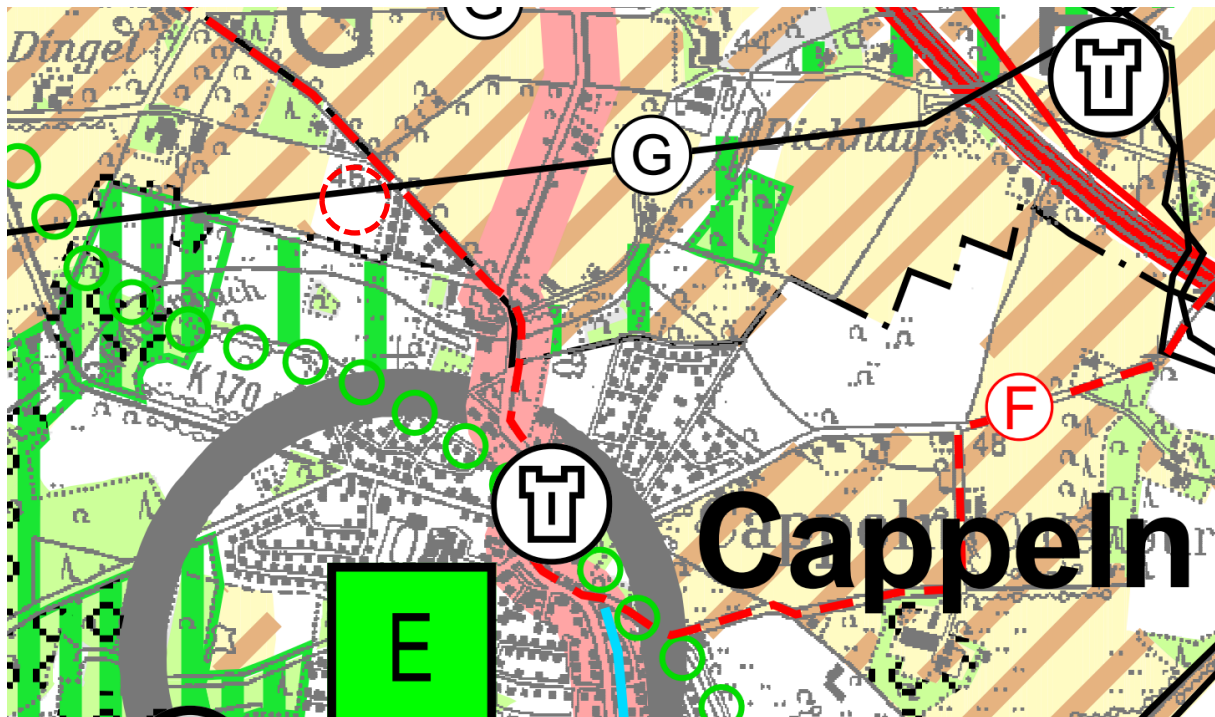


Abbildung 2: Ausschnitt aus dem RROP 2005 (Änderungsbereich als roter Kreis)

2.3 Flächennutzungsplan 2000+

Der Änderungsbereich befindet sich am nordwestlichen Rand des Kernortes Cappeln und ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde nicht als Bauland dargestellt. Daher wird die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt.

2.4 Beschreibung des Änderungsbereiches

Das Änderungsbereich befindet sich am nördlichen Rand des Kernortes Cappeln am Cappelner Damm. Die Gesamtfläche des Änderungsbereiches beträgt 3,8 ha. Die Fläche ist geprägt

durch landwirtschaftliche Nutzung. Nördlich und südlich des Änderungsbereiches befinden sich Bestandsbäume, diese stehen aber zumeist außerhalb des Änderungsbereiches.



Abbildung 3: Blick von Süden ins Änderungsbereich (NWP 2022)



Abbildung 4: Mühlenweg (südlich des Änderungsbereiches) (NWP 2022)

Nördlich wird das Änderungsbereich vom Cappelner Damm und dem Genossenschaftsweg Herzog-Erich-Weg, südlich vom Mühlenweg und einem Landschaftsschutzgebiet, östlich von Wohnbebauung und westlich von landwirtschaftliche Flächen begrenzt.

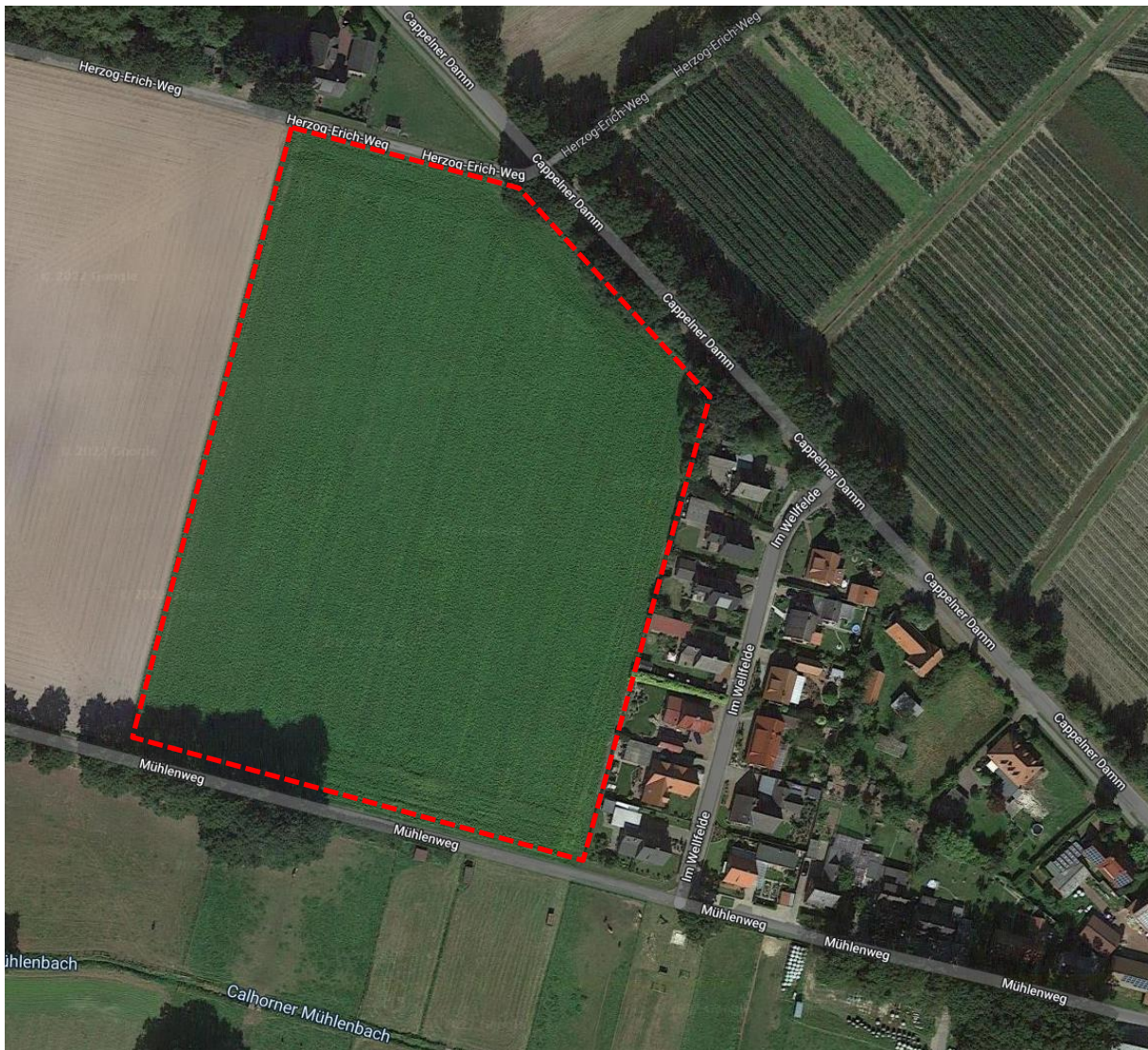


Abbildung 5: Luftbild 2022 (Quelle: google.maps.com)

2.5 Bebauungspläne

Für das Änderungsbereich liegt kein rechtskräftiger Bebauungsplan vor.

3. Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung

3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

Die Gemeinde Cappeln wird die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sowie über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichten.

Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden über die allgemeinen Ziele und

Zwecke der Planung und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung frühzeitig unterrichtet und zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Nach Auswertung der Stellungnahmen erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eine öffentliche Auslegung der Pläne mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut benachrichtigt und um eine Stellungnahme gebeten.

Die Ergebnisse werden im weiteren Verfahren ergänzt.

3.2 Planungsrelevante Belange

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bebauungsplänen die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

3.2.1 Belange der Raumordnung

Die Planung entspricht dem Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen und dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2005. Die Belange der Raumordnung stehen dem Bebauungsplan daher nicht entgegen.

3.2.2 Bodenschutzklausel und Umwidmungssperrklausel

Nach § 1a Abs. 2 S. 3 BauGB sind die Bodenschutzklausel und die Umwidmungssperrklausel in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Das BauGB enthält in § 1a Abs. 2 Regelungen zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes kommt ihnen kein Vorrang vor anderen Belangen zu, sie sind aber in der Abwägung zu berücksichtigen, wobei ein Zurückstellen der in § 1a Abs. 2 S. 1 und 2 BauGB genannten Belange einer besonderen Rechtfertigung bedarf. Faktisch ist der Belang der Reduzierung des Freiflächenverbrauchs damit in den Rang einer Abwägungsdirektive gehoben worden. § 1a Abs. 2 S. 1 und 2 BauGB enthält kein Verbot der Bauleitplanung auf Freiflächen, jedoch ist die Gemeinde verpflichtet, die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen zu begründen. Dabei sollen Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden.

Dies soll im Wesentlichen über zwei Regelungsmechanismen erfolgen:

- Nach § 1a Abs. 2 S. 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden (Bodenschutzklausel).
- § 1a Abs. 2 S. 2 BauGB bestimmt, dass landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden sollen (Umwidmungssperrklausel).

Der Bedarf nach neuen Wohnnutzungen ist in der Gemeinde Cappeln gegeben. Im Zuge des demografischen Wandels, der damit einhergehenden steigenden Haushaltsanzahl, einer stetig steigenden Wohnfläche pro Kopf sowie einem zunehmenden Anteil älterer Bevölkerungsgruppen, kann davon ausgegangen werden, dass Wohnraum auch in den nächsten Jahren nachgefragt wird.

Alternative Flächen stehen kurzfristig im Ort für Wohnbebauungen nicht zur Verfügung. Insofern ist es aus Sicht der Gemeinde Cappel gerechtfertigt, den Belang der Schaffung von Wohnbauflächen auf bisherigen Ackerflächen höher zu gewichten als den Belang zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs, der im Ergebnis einen Verzicht auf eine weitere wohnbauliche Entwicklung der Gemeinde Cappel bedeuten würde.

3.2.3 Verkehrliche Belange

Die verkehrliche Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt aus nördlicher Richtung über Cappelner Damm. Die geplante neue Erschließungsstraße stellt eine anwohner- und verkehrsgerechte Erschließung des Gebietes sicher. Die Erschließung der westlich gelegenen Grundstücke wird von der Erschließungsstraße aus über Stichstraßen sichergestellt. Das Änderungsbereich ist über den Cappelner Damm an das innerörtliche und überörtliche Verkehrssystem angebunden. Die Details werden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geklärt.

3.2.4 Belange der Wasserwirtschaft

Zur Prüfung der Entwässerungsbelange wird ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt. Die Details werden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geklärt.

3.2.5 Belange der Ver- und Entsorgung / Leitungen

Nördlich im Änderungsbereich befindet sich eine wichtige Gasleitung (unterirdisch). Diese wird im Bebauungsplan mit einem Schutzstreifen von 8,0 m Breite gesichert.

3.2.6 Belange des Denkmalschutzes

Innerhalb des Änderungsbereiches befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bau- oder Bodendenkmale.

3.2.7 Altlasten

Im Änderungsbereich befinden sich zum gegenwärtigen Kenntnisstand keine erfassten Altlasten (Altablagerungen, Altsandorte oder Verdachtsflächen).

3.2.8 Belange des Immissionsschutzes / Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Lärm

Die Umgebung des Änderungsbereiches ist geprägt durch Wohngebiete im Osten, Landwirtschaftliche Nutzflächen im Westen und ein Landschaftsschutzgebiet im Süden. Nördlich befindet sich der Cappelner Damm. Diese Straße ist eine überörtliche Verbindungstraße mit geringer Verkehrsbelastung. Die Wohnqualität beeinträchtigende Immissionen sind nicht zu erwarten.

Geruchsimmissionen

Beeinträchtigungen durch Geruchsimmissionen aus umliegenden Hofstellen oder Tierhaltungsbetrieben werden im Verlaufe des Verfahrens geprüft.

3.2.9 Natur und Landschaft, Eingriffsregelung, Artenschutz

Bestand

Der überwiegende Teil des Änderungsbereiches wird durch eine Ackerfläche ausgemacht. Westlich besteht ebenfalls ein Acker. Östlich befindet sich der Siedlungszusammenhang von Cappeln. Nördlich wird das Änderungsbereich durch den geschotterten Herzog-Erich-Weg sowie die Straße „Cappeler Damm“ und südlich durch den Mühlenweg begrenzt. Nordöstlich und südwestlich sind Gehölzstrukturen aus alten Laubbäumen zu finden.

Auswirkungen auf Natur und Landschaft, Eingriffsregelung

Die Realisierung eines Wohngebietes auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Ackerfläche wird planungsrechtlich vorbereitet. Durch die Neuversiegelung sind erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden sowie das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften zu erwarten. Ausgleichsmaßnahmen werden im weiteren Planungsverlauf festgelegt.

Die randlichen Gehölzstrukturen bleiben zur landschaftlichen Einbindung und als Lebensraum erhalten und werden gemäß den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 52 im Westen und Südosten durch Flächen zur Anpflanzung von Gehölzen ergänzt.

Natura 2000-Verträglichkeit

Das nächste FFH-Gebiet liegt mehr als 8 km nördlich, das nächste EU-Vogelschutzgebiet knapp 17 km westlich des Änderungsbereiches. Aufgrund der Distanz werden diese Gebiete durch die Planung nicht beeinträchtigt. Die Natura 2000-Verträglichkeit ist somit gegeben.

Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Unmittelbar südlich des Mühlenweges beginnt das Landschaftsschutzgebiet „Calhorer Mühlenbachtal zwischen Cappeln und Lager Hase“ (LSG CLP 12). Das Landschaftsbild ist von hoher Bedeutung. Das LSG ist außerdem wichtig für den Schutz von gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften. Landwirtschaftliche Intensivierungen, insbesondere Entwässerung und Eutrophierung, sind unbedingt zu vermeiden. Die Planung wirkt sich nicht erheblich auf das Landschaftsschutzgebiet aus, da zwischen Änderungsbereich und dem LSG eine Straße sowie teilweise im Südwesten eine Baumreihe verlaufen. Im Südosten auf Ebene des Bebauungsplanes eine Fläche zur Anpflanzung von Gehölzen festgesetzt, welche die optischen Wirkungen des geplanten Wohngebietes auf das LSG mindern.

Weitere Schutzgebiete oder geschützte Objekte nach Naturschutzrecht befinden sich im Umfeld des Änderungsbereichs nicht.

Besonderer Artenschutz

Tötungen und die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Vogelarten sind durch zeitliche Festlegung der notwendigen bauvorbereitenden Maßnahmen (Baufeldfreimachung) außerhalb der Brutzeiten zu vermeiden. Sofern Erd- und Bauarbeiten zwischen März und August nicht vermieden werden können, sind eine Woche vor Beginn der Arbeiten die betroffenen Biotope auf Gelege und Nestlinge abzusuchen. Aufgefundene Gelege und Nestlinge sind zu sichern oder die Arbeiten vorübergehend bis zum Ende der Brut- und Aufzuchtzeit einzustellen.

3.2.10 Belange der Landwirtschaft

Das Änderungsbereich wird bisher landwirtschaftlich genutzt. Diese Nutzungen entfallen zukünftig. Die Abgabe der Flächen basiert auf Freiwilligkeit, wodurch wirtschaftliche Auswirkungen minimiert bzw. vermieden werden. Seitens der Gemeinde Cappeln wird die Bereitstellung von Wohnraum als ein vordringlich zu berücksichtigendes städtebauliches Ziel behandelt. Die Gemeinde Cappeln räumt der Entwicklung zusätzlicher Wohnflächen eine höhere Bedeutung gegenüber den Belangen und Bedarfen der Landwirtschaft ein. Somit stehen die Belange der Landwirtschaft der Planung nicht entgegen.

3.2.11 Belange des Klimaschutzes

Am 30.07.2011 ist das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden in Kraft getreten. Gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Gemäß § 1a Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Der Grundsatz nach Satz 1 ist in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

Die Bauleitplanung erfolgt unter Beachtung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und einem Anknüpfen an bestehende Siedlungsstrukturen. Die Darstellungen der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes widersprechen den Grundsätzen des Klimaschutzes nicht.

3.2.12 Sonstige Infrastruktur

Das Änderungsbereich ist gut an die Angebote der sozialen Infrastruktur in Cappeln angebunden.

4. Inhalte des Bebauungsplanes

1.1. Darstellungen der Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Flächennutzungsplan stellt im Änderungsbereich Wohnbaufläche dar.

5. Ergänzende Angaben

5.1 Städtebauliche Übersichtsdaten

Gesamtgröße	37.240 m²
Wohnbaufläche	37.240 m ²

5.2 Daten zum Verfahrensablauf

Aufstellungsbeschluss durch den Verwaltungsausschuss	
Beschluss über den Entwurf und die Öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB der Planung:	
Öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB	
Satzungsbeschluss durch den Rat der Gemeinde Cappel	

Cappel, den

Bürgermeister

Teil II: Umweltbericht

1 Einleitung

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind vor allem die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1 a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Aufstellungsverfahren des Bauleitplanes in die Abwägung einzustellen.

Der Umweltbericht bildet gemäß § 2 a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Die nachfolgende Gliederung des Umweltberichtes orientiert sich an der Anlage 1 des BauGB.

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben sind den folgenden Kapiteln zu entnehmen.

1.1 Inhalte und Ziele des Bauleitplanes

Die Gemeinde Cappel möchte im Norden des Gemeindegebietes auf einer 37.238 m² großen, hauptsächlich landwirtschaftlich genutzten Fläche Wohnbauflächen ausweisen. Hierzu ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Parallel wird der Bebauungsplan Nr. 52 aufgestellt.

Die Ackerfläche befindet sich westlich eines bestehenden Wohngebietes und wird südlich vom Mühlenweg sowie nördlich vom Herzog-Erich-Weg und der Straße „Cappelner Damm“ begrenzt. Unmittelbar nordöstlich des Änderungsbereiches verläuft eine Gehölzreihe aus Altbäumen. Im Nordwesten der Planfläche verläuft eine Gashochdruckleitung, welche nicht überbaut werden darf. Abstände von beidseitig 4 m sind zu dieser Leitung einzuhalten.

1.2 Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Planung

Nachfolgend werden gemäß Anlage 1 des BauGB die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgesetzten Ziele des Umweltschutzes, soweit sie für den vorliegenden Bauleitplan von Bedeutung sind, dargestellt.

Weiterhin wird aufgeführt, inwieweit diese Ziele im Rahmen der vorliegenden Planung berücksichtigt werden.

Baugesetzbuch (BauGB)

Die Bauleitpläne ... sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen. [§ 1 Abs. 5 BauGB]

Der Änderungsbereich wird hauptsächlich durch eine landwirtschaftliche Nutzfläche ausgemacht. Das Gebiet ist im Norden und Süden durch Straßen begrenzt, weshalb eine gute verkehrliche Anbindung bereits gegeben ist. Außerdem schließt der Änderungsbereich unmittelbar an die Siedlungslage von Cappeln im Osten an. Durch die Festlegung auf Einzel- und Doppelhäuser im Großteil des Änderungsbereiches auf Ebene des Bebauungsplanes gliedert sich das geplante Wohngebiet an das Ortsbild an. Durch den Umfang der Planung wird trotzdem eine Beeinträchtigung auf das Landschaftsbild vorbereitet. Diese Beeinträchtigung wird durch die randlichen bestehenden und im zugehörigen Bebauungsplan Nr. 52 festgesetzten Gehölzstrukturen und die räumliche und optische Angliederung an das bestehende Wohngebiet im Osten abgeschwächt und damit nicht erheblich.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB]

Die umliegenden Straßen weisen ein geringes Verkehrsaufkommen auf. Die Wohnqualität beeinträchtigende Lärmimmissionen sind daher nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen durch Geruchsmissionen aus umliegenden Hofstellen oder Tierhaltungsbetrieben werden im Verlaufe des Verfahrens geprüft.

Störfallbetriebe sind in der näheren Umgebung nicht bekannt und sind künftig innerhalb des Änderungsbereiches unzulässig.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB]

Bau- oder Bodendenkmäler befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht im Änderungsbereich.

Auf Ebene des Bebauungsplanes wird die Beeinträchtigung des Landschafts- und Ortsbildes durch die Festlegungen zur Art der Bebauung (Einzel- und Doppelhäuser im Großteil des Änderungsbereiches) und die randlichen bestehenden und festgesetzten Gehölzstrukturen gemindert.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen ... die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes ... [§ 1 Abs. 6 Nr. 7. b) und § 1a Abs. 4 BauGB]

Das nächste FFH-Gebiet liegt mehr als 8 km nördlich, das nächste EU-Vogelschutzgebiet knapp 17 km westlich des Änderungsbereiches. Aufgrund der Distanz werden diese Gebiete durch die Planung nicht beeinträchtigt. Die Natura 2000-Verträglichkeit ist somit gegeben.

Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. [§ 1a Abs. 2 Satz 1 BauGB] (Bodenschutzklausel)

Der Bedarf nach neuen Wohnnutzungen ist in der Gemeinde Cappeln gegeben und es kann davon ausgegangen werden, dass dieser auch in den nächsten Jahren gegeben sein wird. Alternative Flächen stehen kurzfristig im Ort für Wohnbebauungen nicht zur Verfügung.

Durch Versiegelung und Überbauung gehen die natürlichen Bodenfunktionen verloren. Dieser Verlust wird als erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung gewertet. Ein Ausgleich wird auf Ebene des Bebauungsplanes festgesetzt.

Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. [§ 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB] (Umwidmungssperrklausel)

Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes werden Flächeninanspruchnahmen und Neuversiegelungen auf einer bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzten Fläche vorbereitet, die ausgeglichen werden müssen. In den umliegenden Bereichen sind genügend weitere landwirtschaftliche Nutzflächen vorhanden.

Es sind keine Wälder und Wohngebäude von der Planung betroffen.

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. [§ 1 a Abs. 5 BauGB]

Die Bauleitplanung erfolgt unter Beachtung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und einem Anknüpfen an bestehende Siedlungsstrukturen. Durch die Steuerung der Versiegelung im Gebiet, die Ausweisung von Grünflächen und der Festlegung von Anpflanzgeboten auch auf privaten Grundstücken auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 52 werden die Auswirkungen auf das Klima gemindert. Hierdurch und durch das Regenrückhaltebecken wird ebenfalls ein Beitrag zur Klimaanpassung geleistet.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass

- 1. die biologische Vielfalt,*
- 2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie*
- 3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft*

auf Dauer gesichert sind. [§ 1 Abs. 1 BNatSchG]

Durch Überbauung und Bodenversiegelung und dem damit verbundenen Lebensraumverlust entsteht eine erhebliche Beeinträchtigung für das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften, die eine Kompensation erforderlich macht.

Durch die zusätzliche Bodeninanspruchnahme und Erhöhung der Versiegelung gehen die natürlichen Bodenfunktionen in den versiegelten Bereichen vollständig verloren. Auch für diese erhebliche Beeinträchtigung wird ein Ausgleich erforderlich.

Durch den Umfang der Planung werden zudem Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild vorbereitet. Die randlichen bestehenden und auf Ebene des Bebauungsplanes festgesetzten Gehölze und die Angliederung an die bestehende Siedlungslage mindern die optischen Wirkungen bei Umsetzung der Planung, weshalb von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen wird.

Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Unmittelbar südlich des Mühlenweges beginnt das Landschaftsschutzgebiet „Calhorer Mühlenbachtal zwischen Cappeln und Lager Hase“ (LSG CLP 12). Das LSG umfasst den Calhorer Mühlenbach sowie dessen Talniederung mit zusammenhängenden Grünlandbereichen und naturnahen Waldflächen auf Standorten des Erlenbruch-, Erlenauen-, Eichen-Hainbuchen- und des Eichen-Bruchwaldes. Das Landschaftsbild ist von hoher Bedeutung. Das LSG ist außerdem wichtig für den Schutz von gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften. Landwirtschaftliche Intensivierungen, insbesondere Entwässerung und Eutrophierung, sind unbedingt zu vermeiden. Die Planung wirkt sich nicht erheblich auf das Landschaftsschutzgebiet aus, da zwischen Änderungsbereich und dem LSG eine Straße sowie teilweise im Südwesten eine Baumreihe verläuft. Im Südosten wird auf Ebene des Bebauungsplanes eine Fläche zur Anpflanzung von Gehölzen festgesetzt, welche die optischen Wirkungen des geplanten Wohngebietes auf das LSG mindern.

Weitere Schutzgebiete und -objekte, die durch die Planung beeinträchtigt werden könnten, befinden sich in der Nähe des Änderungsbereiches nicht.

Landesweite Naturschutzprogramme

Der Änderungsbereich ist weder im Aktionsprogramm Niedersächsische Gewässerlandschaften noch im Moorschutzprogramm verzeichnet.

Ziele des speziellen Artenschutzes

Aufgrund der Komplexität der artenschutzrechtlichen Vorgaben wird die Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen des speziellen Artenschutzes in einem gesonderten Kapitel (s. Kap. 1.3 des Umweltberichtes) dargestellt.

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)

Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sollen vor schädlichen Umwelteinwirkungen geschützt werden. [vgl. § 1 Abs. 1 BImSchG]

Besondere Konflikte mit dem Lärmschutz sind nicht absehbar. Die Beeinträchtigung durch Geruchsmissionen wird im Laufe des Verfahrens untersucht und ergänzt.

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)

Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushaltes, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen aufgrund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers) sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden. [vgl. § 1 und § 2 Abs. 2 BBodSchG]

Versiegelungsbedingte erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden werden durch Ausgleichsmaßnahmen nach den Maßgaben der Eingriffsregelung auf Ebene des Bebauungsplanes berücksichtigt.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Niedersächsisches Wassergesetz (NWG)

Die Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser) sollen durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung als Bestandteile des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt werden. [vgl. § 1 WHG]

Oberflächengewässer sind von der vorliegenden Planung nicht betroffen.

In der Bauphase können Grundwasserstandsabsenkungen nötig sein, die sich jedoch nur temporär auf das Grundwasser auswirken. Da keine Feucht- oder Nassbiotope im und um das Änderungsbereich zu finden sind, wirken sich diese möglichen Grundwasserstandsabsenkungen nicht dauerhaft auf die Biotope aus.

Bodenversiegelungen wirken sich im Allgemeinen negativ auf den Grundwasserschutz und die Grundwasserneubildung aus (siehe Kapitel 2.2.2). Durch die Neuversiegelung im Änderungsbereich entstehen Bereiche, auf denen keine Grundwasserneubildung mehr stattfindet. Durch Festlegung der GRZ auf 0,4 (+ 20%ige Überschreitung) auf Ebene des Bebauungsplanes verbleiben jedoch große unversiegelte Bereiche im Änderungsbereich, weshalb diese Beeinträchtigung nicht als erheblich bewertet wird.

Landschaftsrahmenplan Landkreis Cloppenburg (1998)

Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Änderungsbereich ist stark eingeschränkt (Karte 6). Für den Änderungsbereich sind keine besonderen Maßnahmen für Natur und Landschaft vorgesehen (Karte 10).¹

Ziele und Vorgaben der Raumordnung

Im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Cloppenburg (2005) werden für den Änderungsbereich keine Ziele oder Maßnahmen formuliert. Lediglich die Gasleitung wird in der Karte dargestellt. Für die Gasleitung wird auf Ebene des Bebauungsplanes ein Schutzstreifen von beidseitig 4 m festgesetzt.

¹ Wie der Landschaftsrahmenplan ist auch der Landschaftsplan der Gemeinde Cappel über 20 Jahre alt und daher nicht mehr aktuell.

1.3 Ziele des speziellen Artenschutzes – Artenschutzprüfung (ASP)

Gemäß § 44 BNatSchG bestehen bestimmte Schutzvorschriften für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten.

Diese Verbote richten sich zwar nicht an die Ebene der Bauleitplanung, sondern untersagen konkrete Handlungen. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist allerdings zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Vorgaben die Umsetzung der Planung dauerhaft hindern.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote im Rahmen der Bauleitplanung nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind.² Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf diese Artenvorkommen.

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG beziehen sich auf die konkrete Handlung und auf konkret betroffene Individuen. Sie gelten unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

Gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG ist es verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der **europäischen Vogelarten** während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).*

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um die Umsetzung eines nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhabens im Sinne von § 18 Abs.2 Satz 1 BNatSchG handelt, gilt gemäß § 44 Abs.5 Satz 2 BNatSchG (neue Fassung)³: *Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind⁴, liegt ein Verstoß gegen*

² Darüber hinaus sind solche Arten zu berücksichtigen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 (1) Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Eine Rechtsverordnung auf dieser Ermächtigungsgrundlage wurde bislang nicht erlassen.

³ in der am 29.09.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 15.09.2017 BGBl. I S. 3434

⁴ Eine Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG, in der ebenfalls berücksichtigungspflichtige „nationale verantwortungsarten“ definiert wären, liegt bisher nicht vor.

1. *das Tötungs- und Verletzungsverbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,*
2. *das Verbot des Nachstellens und Fanges wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind*
3. *das Verbot nach Abs. 1 Nr. 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote nicht vor.

1.3.1 Relevante Arten, Situation im Änderungsbereich

Gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG sind die Verbote des speziellen Artenschutzes für zulässige Vorhaben innerhalb von Bebauungsplan-Gebieten nur anzuwenden, sofern und soweit Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäische Vogelarten betroffen sind.

Auf der derzeitigen Planungsebene liegen keine faunistischen oder floristischen Gutachten vor. Da der Änderungsbereich eine intensiv genutzte landwirtschaftliche Nutzfläche ist, kann sich für die Artenschutzprüfung auf die bestehenden Biotoptypen als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gestützt werden.

Durch die intensive Nutzung des Änderungsbereiches selbst und die Vorbelastungen in der unmittelbaren Umgebung durch Straßen und das östlich gelegene Wohngebiet kommen im Änderungsbereich wahrscheinlich vorrangig Arten vor, die als störungsunempfindlich und als siedlungstolerant einzustufen sind. Geschützte Pflanzenarten sind daher ebenfalls nicht zu erwarten.

Brutvögel: Die Ackerfläche stellt einen potentiellen Lebensraum für Vogelarten der halboffenen Landschaft dar. Aufgrund der angrenzenden Siedlung ist die Präsenz von Hauskatzen anzunehmen, die insbesondere für bodenbrütende Vogelarten eine Gefährdung bedeuten. Die unmittelbar angrenzende Reihe aus alten Laubbäumen (Eiche, untergeordnet Birke und Linde) bietet geeignete Qualitäten für gehölzbrütende Vogelarten. Die Kronen ragen in den Änderungsbereich hinein. Diese Baumreihe wird bei der Planung vollständig erhalten, weshalb gehölzbrütende Vogelarten kein Teil der folgenden Prüfung sind.

Fledermäuse: Die heimischen Fledermausarten gehören zu den streng geschützten Arten. Die Altbäume in den randlichen Gehölzstrukturen können potentiell Quartiersqualitäten für Fledermäuse aufweisen. Diese Bäume bleiben mit der Planung bestehen, weshalb eine nähere Prüfung dieser Artengruppe nicht erforderlich ist.

Andere Artengruppen: Vorkommen von anderen artenschutzrechtlich relevanten Arten, z. B. Säugetieren (mit Ausnahme von Fledermäusen), Farn- und Blütenpflanzen, Libellen, Amphibien oder Heuschrecken sind, auf Grund der Ausstattung des Habitats einerseits und der speziellen Lebensraumsprüche andererseits, nicht zu erwarten.

1.3.2 Prüfung der Verbotstatbestände

Tötungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):

Grundsätzlich sind Tötungen der vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Vogelarten durch zeitliche Festlegung der notwendigen bauvorbereitenden Maßnahmen (Baufeldfreimachung) außerhalb der Brutzeiten zu vermeiden.

Sofern Erd- und Bauarbeiten zwischen März und August nicht vermieden werden können, ist eine Woche vor Beginn der Arbeiten die betroffene Fläche auf Gelege und Nestlinge abzusuchen. Aufgefundene Gelege und Nestlinge sind zu sichern oder die Arbeiten vorübergehend bis zum Ende der Brut- und Aufzuchtzeit einzustellen.

Störungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2) BNatSchG):

Im artenschutzrechtlichen Sinne liegt eine erhebliche Störung vor, wenn sich durch sie der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

Durch den Baubetrieb sind Störungen zu erwarten, die jedoch zeitlich auf die Bauphase beschränkt sind. Ein dann temporäres Ausweichverhalten der potenziell vorkommenden Tierarten in die unmittelbare Umgebung ist möglich. Störungen der ubiquitären, siedlungstoleranten Brutvögel, die den Erhaltungszustand der lokalen Population beeinträchtigen, werden aufgrund des Vorhabencharakters insgesamt nicht erwartet.

Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG):

Das Verbot bezieht sich auf konkret abgrenzbare Lebensstätten (z. B. Vogelnester oder auch Fledermausquartiere) und schützt diese im Zeitraum der aktuellen Nutzung. Darüber hinaus sind wiederkehrend genutzte Lebensstätten auch außerhalb der Phase aktueller Nutzung geschützt (z.B. Storchhorste, Fledermauswinterquartiere). Der Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten stellt keinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand (gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG) dar, wenn die ökologische Funktion für betroffene Tierarten im räumlichen Zusammenhang weiter gewährleistet werden kann.

Zerstörungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten könnten sich bei der Bauaufeldfreimachung ergeben. Die betroffenen Biotope sollten vor der Bauphase auf Gelege abgesucht werden. Möglicherweise betroffene Einzelindividuen können auf die weiteren offenen Flächen in die unmittelbare Umgebung des Geltungsbereiches ausweichen. Die ökologische Funktion der potenziell betroffenen Arten im räumlichen Zusammenhang wird somit weiterhin erfüllt.

Fazit

Zusammenfassend sind keine dauerhaften Konflikte mit den artenschutzrechtlichen Bestimmungen zu erkennen. Voraussichtlich werden auf Umsetzungsebene bauzeitliche Vermeidungsmaßnahmen (Durchführung von Kontrollen) notwendig, um die Verbotstatbestände nicht zu erfüllen.

2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Im Folgenden werden für die einzelnen Umweltschutzgüter die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung prognostiziert, wobei der Fokus insbesondere auf solche Auswirkungen gerichtet wird, die ein erhebliches (positives oder negatives) Ausmaß erreichen oder erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung darstellen.

Die Prognose der Auswirkungen setzt dabei zunächst eine Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario) voraus. Weiterhin ist die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung in der Übersicht aufzuzeigen, soweit diese zumutbar abgeschätzt werden kann. Auch bei der Darstellung des Basisszenarios und der voraussichtlichen Entwicklung ohne Planung wird bereits auf die voraussichtlich erheblich beeinflussten Umweltmerkmale fokussiert.

2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Basisszenario)

2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Stellvertretend für die vorkommenden Tiere, Pflanzen und für die biologische Vielfalt wurden die Biotoptypen nach dem Kartierschlüssel der Biotoptypen für Niedersachsen von Drachenfels (2021) bestimmt. Die Biotoptypen, die im Änderungsbereich zu finden sind, sind fett gedruckt. Die Biotoptypenkarte befindet sich im Anhang dieses Umweltberichtes.

Bi, Ei, Li	<p>Einzelbäume: Birke, Eiche, Linde</p> <p>Eine Reihe aus alten Laubbäumen begrenzt den Änderungsbereich im Norden bis Nordosten. Die Reihe wird von Eichen dominiert, untergeordnet sind auch jeweils zwei Birken und Linden hier zu finden. Die Kronen ragen teilweise in den Änderungsbereich hinein.</p>
HN	<p>Naturnahes Feldgehölz, dominiert von Eichen</p> <p>Südlich der Fläche jenseits des Mühlenweges befindet sich ein kleines naturnahes Feldgehölz, das hauptsächlich aus alten Eichen besteht.</p>
HFB, Ei	<p>Baumhecke, dominiert von Eichen</p> <p>Südlich des Änderungsbereiches, jenseits des Mühlenweges, verläuft eine Baumhecke, ebenfalls hauptsächlich aus alten Eichen.</p>

Gw	<p>Grünland, beweidet</p> <p>Jenseits des Mühlenweges bestehen durch Pferde beweidete Grünlandflächen.</p> <p>Auch nördlich befindet sich ein kleines Grünland, das von Ziegen beweidet wird.</p>
UHM	<p>Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte</p> <p>Der Mühlenweg wird randlich von solchen Fluren begleitet.</p>
UHB	<p>Artenarme Brennesselflur</p> <p>Zwischen Grünland und Mühlenweg östlich des Feldgehölzes befindet sich eine halbruderale Flur, die zum Großteil von Brennesseln bewachsen ist.</p>
UNK	<p>Staudenknöterichgestrüpp</p> <p>Die nordöstlich gelegene Baumreihe wird von einem Bestand aus Japanischem Staudenknöterich (<i>Fallopia japonica</i>) umgeben. Diese Art verdrängt aufgrund des schnellen Wuchses und der Robustheit einheimische Arten und gilt daher als invasive Art.</p>
A	<p>Acker</p> <p>Der Änderungsbereich wird nahezu vollständig als Getreideacker genutzt.</p> <p>Auch die westlich anschließende Fläche ist ein Acker.</p>
GRR	<p>Artenreicher Scherrasen</p> <p>Der Fuß- und Radweg an der Straße „Cappelner Damm“ wird beidseitig von artenreichem Scherrasen gesäumt. Auch der Herzog-Erich-Weg, der im Norden kleinräumig durch den Änderungsbereich verläuft, wird nördlich und südlich (im Änderungsbereich) von artenreichem Scherrasen begleitet.</p>
GRA	<p>Artenarmer Scherrasen</p> <p>Südlich des im Osten anschließenden Wohngebietes befindet sich eine Fläche mit intensiv gepflegtem, artenarmen Scherrasen.</p>
OVS	<p>Straße</p> <p>Südlich wird der Änderungsbereich durch den asphaltierten Mühlenweg begrenzt.</p> <p>Nordöstlich verläuft der „Cappelner Damm“.</p>

OVW	Weg Der „Cappeler Damm“ wird südlich von einem asphaltierten Fuß- und Radweg begleitet.
OVWs	Weg, geschottert Nördlich verläuft der geschotterte Herzog-Erich-Weg, welcher kleinräumig durch den Norden des Änderungsbereiches läuft und dann in die Straße „Cappeler Damm“ mündet.
OED	Verdichtetes Einzel- und Reihenhausesgebiet Unmittelbar östlich des Änderungsbereiches schließt sich ein hauptsächlich durch Einzelhäuser dicht bebauten Wohngebiet an.
ODL	Gehöft Nordwestlich des Änderungsbereiches befindet sich eine einzelne Hofstelle, die hauptsächlich für Wohnzwecke genutzt wird.

Auf der derzeitigen Planungsebene liegen keine faunistischen oder floristischen Gutachten vor. Daher wird sich nachfolgend zunächst auf die im Planbereich bestehenden Biototypen als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gestützt.

Die vom angrenzenden Wohngebiet, Straßen und teilweise Gehölzen umgebene Ackerfläche kann grundsätzlich als Lebensraum für Arten der halboffenen Landschaft interessant sein.

Durch die Vorbelastungen in der Umgebung des Änderungsbereiches in Form von Straßen und der Siedlung im Osten und die intensive landwirtschaftliche Nutzung des Änderungsbereiches selbst sind hauptsächlich ubiquitäre, störungsunempfindliche Brutvögel zu erwarten.

Die Altbäume im nördlichen Randbereich sind potenzielle Habitate für gehölzbrütende Frei- und Höhlenbrüter und für Fledermäuse.

Vorkommen von streng geschützten sonstigen Arten, z. B. Säugetiere (ausgenommen Fledermäuse), Farn- und Blütenpflanzen, Amphibien, Libellen oder Heuschrecken sind, aufgrund der Ausstattung des Habitats einerseits und der Lebensraumansprüche andererseits nicht zu erwarten.

2.1.2 Fläche und Boden

Der Änderungsbereich ist derzeit nahezu vollständig unversiegelt und wird hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt.

Die folgenden Daten sind dem NIBIS Bodenkartenserver des niedersächsischen Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie entnommen⁵ :

⁵ LBEG: NIBIS Bodenkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

Kleinräumig besteht im Nordwesten des Änderungsbereiches gemäß BK50 Mittlere Pseudogley-Parabraunerde mit einer mittleren Bodenfruchtbarkeit (Ertragsfähigkeit).

Im überwiegenden Teil im Norden des Änderungsbereiches steht Mittlerer Pseudogley mit einer mittleren Bodenfruchtbarkeit (Ertragsfähigkeit) an.

Im südlichsten Teil des Änderungsbereiches entlang des Mühlenwegs steht Sehr tiefer Gley an. Dieser Bereich liegt aufgrund der hohen bis äußerst hohen natürlichen Bodenfruchtbarkeit innerhalb eines Suchraumes für schutzwürdige Böden.

Hinweise über Altlasten im Änderungsbereich liegen nicht vor.

2.1.3 Wasser

Oberflächengewässer:

Das nächstgelegene Oberflächengewässer ist der Calhorer Mühlenbach etwa 70 m südlich des Änderungsbereiches. Dieser zählt zu den löss-lehmgeprägten Tieflandbächen und wurde zur Landentwässerung erheblich verändert. Aufgrund einer Quecksilberbelastung ist der chemische Zustand mit „nicht gut“ bewertet. Außerdem ist das ökologische Potential aufgrund schlechter Lebensbedingungen für Fische und das Makrozoobenthos „unbefriedigend“.⁶

Weitere Oberflächengewässer bestehen in der näheren Umgebung nicht.

Grundwasser/ Versickerung:

Der Änderungsbereich ist dem Grundwasserkörper „Hase Lockergestein rechts“ zuzuordnen. Der chemische Zustand des Grundwasserkörpers wird aufgrund einer Nitrat- und Pestizidbelastung mit „schlecht“ bewertet. Der mengenmäßige Zustand des Grundwasserkörpers ist mit „gut“ bewertet.⁷

Die Grundwasseroberfläche liegt bei > 40 m NHN bis 45 m NHN. Die Grundwasserneubildungsrate im langjährigen Mittel (1981-2010) beträgt >250-300 mm/a. Das Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung ist hoch.⁸

Naheliegende Gebiete mit besonderen Anforderungen für den Wasserschutz:

Etwa 25 m südlich des Änderungsbereiches beginnt das Überschwemmungsgebiet Nr. 655 des Calhorer Mühlenbaches.⁹

2.1.4 Klima und Luft

Der Änderungsbereich liegt in der klimaökologischen Region des Geest- und Bördebereichs mit einem relativ hohen Austausch und mäßiger Beeinflussung lokaler Klimafunktionen durch das Relief.¹⁰

⁶ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

⁷ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

⁸ LBEG: NIBIS Bodenkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

⁹ MU: Umweltkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

¹⁰ Mosimann et al. (1999)

Der mittlere Niederschlag in Cappel beträgt etwa 770 mm. Die mittlere Jahrestemperatur im Änderungsbereich liegt bei etwa 9,7 °C.¹¹

Daten zur lufthygienischen Situation liegen zum Änderungsbereich nicht vor.

Das Lokalklima wird durch die Vegetation und die Nutzung beeinflusst.

2.1.5 Landschaft

Das Landschaftsbild des Änderungsbereiches wird durch die landwirtschaftliche Nutzfläche geprägt.

Südlich und nördlich verlaufen Gehölzreihen. Nordwestlich besteht ein einzelnes Hofgebäude neben einem kleinen Wald. Östlich schließt ein dicht bebautes Wohngebiet, vorwiegend aus Einzelhäusern, an. Das weitere Umfeld wird von landwirtschaftlichen Nutzflächen dominiert.

Gemäß LRP Cloppenburg (1998) liegt der Änderungsbereich in keinem wichtigen Bereich für das Landschaftsbild (Karte 7).

2.1.6 Mensch

Im Änderungsbereich befinden sich keine Wohn- oder Arbeitsstätten.

Östlich befindet sich ein Wohngebiet. Nordwestlich besteht eine Einzelbebauung.

Allgemein ist von landwirtschaftlichen Lärm- und Geruchsimmissionen auszugehen (sowohl von den Flächen im Änderungsbereich als auch aus der Umgebung), die auf den Änderungsbereich einwirken. Lärmintensive maschinelle Arbeiten konzentrieren sich eher auf die Erntezeit. Geruchsbelastungen entstehen hauptsächlich durch die Ausbringung von Gülle im Frühjahr. Im Rahmen einer ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung sind diese Vorbelastungen für ländliche Räume üblich und als solche im Änderungsbereich hinzunehmen.

Störfallbetriebe sind in der näheren Umgebung nicht bekannt.

2.1.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Bau- oder Bodendenkmäler sind nach Kenntnisstand innerhalb des Bereiches und in dessen näheren Umfeld nicht bekannt.

Im Nordwesten des Änderungsbereiches verläuft eine Gashochdruckleitung, welche nicht überbaut werden darf. Abstände von beidseitig 4 m sind zu dieser Leitung einzuhalten.

Als Sachgut ist des Weiteren die landwirtschaftliche Nutzfläche zu nennen, die den Großteil des Änderungsbereiches ausmacht.

2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So bedingen z.B. die Boden- und Klimaverhältnisse sowie die menschliche Nutzung die Ausprägung der Vegetation, diese wiederum prägt stark die Eignung als Tier-Lebensraum

¹¹ LBEG: NIBIS Bodenkarten [letzter Zugriff: 10.06.2022]

sowie die landschaftliche Eigenart und Erholungseignung. Eine hiervon unbeeinflusste Bestandsbeschreibung ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist im Wesentlichen von einer Beibehaltung der derzeitigen Situation auszugehen. Denkbar wären Änderungen von Art und Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung.

Zum Schutzgut Klima/ Luft lässt sich feststellen, dass im Rahmen des Klimawandels u.a. eine Erhöhung der Durchschnittstemperaturen und eine Zunahme von klimatischen Extremereignissen (z.B. Starkregen, Starkwinde) prognostiziert werden. Wie sich die Bedingungen im Plangebiet selbst verändern werden, ist nicht zumutbar bzw. belastbar zu prognostizieren. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass hier vielfältige Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern bestehen, so dass sich die klimatischen Änderungen auch auf z. B. Wasserhaushalt, Luftqualität und biologische Vielfalt auswirken können.

2.3 Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen, die bei Durchführung der Planung zu erwarten sind, dargestellt. Dabei werden die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase in die Umweltprüfung einbezogen. Allerdings wird insbesondere auf die Auswirkungen abgestellt, welche möglicherweise ein erhebliches Ausmaß erreichen. Die nachfolgenden Kapitel enthalten vertiefende Erläuterungen zu den Aspekten, die im vorliegenden Planfall eine besondere Relevanz erreichen.

Als Grundlage für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung werden zunächst Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen zusammengestellt (vgl. auch tabellarische Übersicht im Anhang). Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf Ebene der Bauleitplanung regelmäßig keine Kenntnisse zu Gestaltungsdetails, Realisierungszeitpunkt u. ä. der künftigen Bebauung feststehen.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen werden insbesondere durch folgende Charakteristika der geplanten Nutzungen bestimmt:

- Ausweisung von Wohnbauflächen auf 37.238 m²

In die nachfolgenden Darstellungen zu den Auswirkungen der Planung werden Angaben zur Eingriffsregelung integriert, d.h. die Identifizierung erheblicher Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes.

Bezüglich der Auswirkungen auf die Umweltschutzziele, welche auf Ebene der Europäischen Union oder auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegt sind, sei auf Kapitel 1.2 des Umweltberichtes verwiesen.

2.3.1 Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Durch den Erhalt der unmittelbar nördlich/ nordöstlich gelegenen Gehölzstrukturen bleiben die wertgebenden Biotopstrukturen mit ihrem Potenzial für gehölzbewohnende Vogelarten und Fledermausarten erhalten. Zudem werden auf Ebene des Bebauungsplanes im Südosten und Westen Flächen für die Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Gehölzen festgesetzt, wodurch neuer Lebensraum für diese Arten entstehen kann. Betroffenheiten besonders stöempfindlicher Arten sind durch die Vorbelastungen in der Umgebung und die intensive Nutzung des Änderungsbereiches nicht zu erwarten.

Durch die geplante Bebauung geht potenzieller Lebensraum für Vogelarten der halboffenen Landschaft verloren. Der versiegelungsbedingte dauerhafte Lebensraumverlust ist daher als erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften zu werten.

2.3.2 Auswirkungen auf Fläche und Boden

Durch die vorliegende Planung werden umfangreiche Bodenversiegelungen vorbereitet. Auf Ebene des parallel aufgestellten Bebauungsplanes werden die Flächengrößen sowie die GRZ festgelegt. Hieraus ergibt sich eine maximal zulässige versiegelte Fläche von etwa 22.406,7 m². Zu den allgemeinen Folgen der Bodenversiegelung gehören¹²:

- Verlust von Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen
- Beeinträchtigung des Naturhaushaltes (besonders der Wasser- und Nährstoffkreisläufe)
- Verlust der natürlichen Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungsfunktionen
- Beeinträchtigung der Versickerungsfähigkeit von Niederschlägen
- Reduktion der Verdunstung
- Beeinträchtigung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserneubildung
- Verlust des Bodens als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte

Hinzu kommt, dass im Südosten Sehr tiefer Gley als Boden mit einer hohen bis äußerst hohen natürlichen Bodenfruchtbarkeit in einem Suchraum für schutzwürdige Böden kleinräumig überplant wird.

Durch die zusätzliche Flächeninanspruchnahme und Neuversiegelung ergeben sich daher erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden, welche ausgeglichen werden müssen.

Auch für die weiterhin unversiegelten Bereiche sind Veränderungen der Bodenverhältnisse durch Umlagerungen, Auf- und Abtrag sowie weitere Nutzungseinflüsse zu erwarten. Die Flächen können jedoch weiterhin Funktionen im Naturhaushalt übernehmen, so dass hier nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen wird.

¹² LBEG (2017) sowie § 2 Bundesbodenschutzgesetz

2.3.3 Auswirkungen auf das Wasser

Zwischen dem Calhorer Mühlenbach und dem Änderungsbereich verläuft eine Straße. Zudem befinden sich Grünlandflächen sowie bestehende und geplante Gehölzstrukturen als Puffer zum Bach. Daher wird dieser durch die Planung nicht beeinträchtigt.

Eine Absenkung des Grundwasserspiegels kann während der Baumaßnahmen erforderlich werden. Da dies aufgrund der Biotopstrukturen im Bereich des Änderungsbereiches nur temporäre Auswirkungen hat, ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung.

Bodenversiegelungen wirken sich im Allgemeinen negativ auf den Grundwasserschutz und die Grundwasserneubildung aus (siehe Kapitel 2.2.2). Durch die Neuversiegelung im Änderungsbereich entstehen Bereiche, auf denen keine Grundwasserneubildung mehr stattfindet.

Durch Festlegung auf eine maximal zulässige Versiegelung von 60% auf Ebene des Bebauungsplanes verbleiben jedoch große unversiegelte Bereiche im Änderungsbereich, weshalb diese Beeinträchtigung nicht als erheblich bewertet wird.

2.3.4 Auswirkungen auf Klima und Luft

Mit der Verwirklichung der Planung sind Auswirkungen auf das Mikroklima im Änderungsbereich verbunden: Durch die Bodenversiegelung wird die Verdunstungsrate reduziert und die Luftfeuchtigkeit sinkt. Bei Sonneneinstrahlung ist über den befestigten Oberflächen mit einer verstärkten Aufwärmung zu rechnen. Durch die umliegenden Freiflächen verbleiben allerdings günstige Luftaustauschbedingungen. Großklimatisch werden keine negativen Auswirkungen vorbereitet.

Mit den künftigen Anwohnerverkehren sind Emissionen von Luftschadstoffen verbunden. Diese erreichen jedoch nur ein begrenztes Ausmaß, da keine besonders hohen Verkehrsdichten erzeugt werden.

Über den Änderungsbereich hinausgehende erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Klima und Luft sind somit nicht zu erwarten.

2.3.5 Auswirkungen auf die Landschaft

Durch den Umfang der Planung ergeben sich Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes. Das geplante Wohngebiet gliedert sich räumlich und optisch durch die Festsetzung auf Ebene des Bebauungsplanes auf Einzel- und Doppelhäuser im Großteil des Änderungsbereiches an den Siedlungszusammenhang von Cappel an. Im Südosten sowie im gesamten Westen wird auf Ebene des Bebauungsplanes eine Fläche zur Anpflanzung von Gehölzen festgesetzt. Dadurch wird die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes gemindert, weshalb von keiner erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen wird.

2.3.6 Auswirkungen auf den Menschen

Durch die vorliegende Planung soll die planungsrechtliche Grundlage für zusätzlichen Wohnraum geschaffen werden.

Die umliegenden Straßen weisen ein geringes Verkehrsaufkommen auf. Die Wohnqualität beeinträchtigende Lärmimmissionen sind daher nicht zu erwarten. Angaben zu den Geruchsmissionen werden noch ergänzt.

Ein Störfallbetrieb wird nicht vorbereitet.

Nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch werden daher voraussichtlich nicht vorbereitet.

2.3.7 Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter

Durch die Planung gehen landwirtschaftliche Nutzflächen verloren. In der Umgebung sind jedoch genügend landwirtschaftliche Flächen vorhanden. Zudem ist die Bodenfruchtbarkeit im Großteil des Änderungsbereiches lediglich mittelmäßig. Ein anderer möglicher Standort mit geringeren Umweltauswirkungen besteht nicht.

Zum Schutz der Gashochdruckleitung wird ein 4 m breiter Schutzstreifen festgesetzt.

2.3.8 Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So führen beispielsweise die Versiegelungen von Böden zugleich zu Beeinträchtigungen der Grundwasserneubildung und der Eignung als Pflanzenstandort. Eine separate Wirkungsprognose ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.4 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen

Die Überwachungsmaßnahmen zu den Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen (gemäß Anlage 1 Ziffer 2 c) BauGB) sind in Kap. 3.2 näher dargelegt, zusammen mit den Überwachungsmaßnahmen zu den erheblichen Umweltauswirkungen (gemäß Anlage 1 Ziffer 3 b) BauGB).

2.4.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen

Durch folgende Maßnahmen wird auf Ebene des parallel aufgestellten Bebauungsplanes Nr. 52 im Rahmen der vorliegenden Planung zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen beigetragen:

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde auftreten, werden diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben unverzüglich der zuständigen Behörde gemeldet.
- Sollten sich bei den erforderlichen Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten ergeben, wird unverzüglich die zuständige Untere Boden-schutzbehörde benachrichtigt.
- Soweit die Baumaßnahmen und insbesondere die Baufeldfreimachung und vergleichbare Eingriffe in Vegetation und Bodenoberfläche während der Vogelbrutzeit stattfinden, sollte zeitnah vorher durch eine fachkundige Person überprüft werden, ob aktuell genutzte

Fortpflanzungs- und Ruhestätten artenschutzrechtlich relevanter Tiere in den Baufeldern vorhanden sind. Sofern solche Fortpflanzungs- und Ruhestätten festgestellt werden, sollten die erforderlichen Schutzmaßnahmen vor Aufnahme der Baumaßnahmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt und entsprechend der Abstimmung umgesetzt werden. Analog sollte auch bei Wiederaufnahme des Baubetriebes nach längerer Unterbrechung vorgegangen werden.

- Stein-, Kies-, Schotter-, Pflaster- und Kunststoffflächen sind außerhalb der Flächen für die Erschließung, die Beeteinfassungen und die Terrassennutzung unzulässig.
- Auf den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB standortgerechte, einheimische Laubbäume (Stammdurchmesser min. 10 cm gemessen in 1 m Höhe) mit einem Pflanzabstand von maximal 10,0 m anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.
- Die Regenrückhaltung wird naturnah angelegt.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen möglich und anzustreben, die jedoch auf Ebene der vorliegenden Planung nicht geregelt werden. Hierzu zählen nach gegenwärtigem Stand insbesondere folgende Maßnahmen:

- Dachbegrünungen wirken durch die Speicherung von Regenwasser und anschließende Verdunstung im Sommer kühlend und durch die dichte Pflanzenschicht im Winter isolierend. Zudem nehmen Gründächer CO₂ auf und stellen einen wichtigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen dar. Flache Dächer sollten daher artenreich und mit heimischen, insekten-freundlichen Pflanzen begrünt werden.
- Begrünte Dächer können in Kombination mit Solarthermie- und Photovoltaikanlagen zum Sparen von Strom- und Gaskosten und für einen höheren Autarkiegrad angelegt werden. Nebenbei wird ein weiterer Beitrag für den Klimaschutz geleistet.
- Erhaltenswerte Gehölzbestände, insbesondere die Altbäume im Norden des Änderungsbereiches, sollten während der Bauphase vor Schädigungen der oberirdischen Teile sowie des Wurzelraumes geschützt werden. Geeignete Maßnahmen können der DIN 18920 und der RAS-LP 4 entnommen werden.
- Der Boden sollte während der Bauarbeiten im Bereich der Bewegungs-, Arbeits und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z. B. Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Insbesondere die im Gebiet unversiegelt verbleibenden Grundflächen sollten während der Bauphase vor Bodenverdichtungen infolge von Befahren, Materialablagerung u. ä. geschützt werden.
- Der Boden sollte schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnah, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden. Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden.
- Der bei Durchführung der Planung anfallende Mutterbodenaushub muss gemäß § 202 BauGB in nutzbarem Zustand erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung geschützt werden.

- Durch ordnungsgemäßen und sorgsamem Umgang mit Maschinen, Baustoffen etc. sollten Verunreinigungen von Boden und Wasser vermieden werden.

2.4.2 Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Umweltwirkungen

Wie in Kap. 2.2.1 – 2.2.5 ausgeführt, entstehen bei Umsetzung der Planung erhebliche Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild im Sinne der Eingriffsregelung. Die unvermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen betreffen die Schutzgüter Arten und Lebensgemeinschaften sowie Boden.

Auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 52 wurde eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt. Hier wurde ein Kompensationsdefizit von 24.304 Werteinheiten zwischen dem bisherigen Bestand und der Planung errechnet.

Die Maßnahmen zum Ausgleich dieses Kompensationsdefizit werden auf Ebene des Bebauungsplanes im weiteren Planungsverlauf ergänzt und sind bis zum Satzungsbeschluss abschließend zu regeln.

2.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Anderweitige Planungsmöglichkeiten mit geringeren Auswirkungen auf die Umwelt bestehen aufgrund der guten Erschließungssituation, der unmittelbaren Nähe zum Siedlungszusammenhang und des überplanten, relativ geringwertigen Ackerbiotopes nicht.

2.6 Schwere Unfälle und Katastrophen

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bauleitplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, werden bei der Planung nicht abgeleitet.

3 Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Schwierigkeiten

Bei der Durchführung der Umweltprüfung kamen folgende Verfahren zur Anwendung:

- Biotoptypen-Erfassung nach dem Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen
- Auswertung folgender allgemein verfügbarer Quellen:
 - NIBIS-Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie
 - Umweltkartenserver des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
 - Landschaftsrahmenplan Landkreis Cloppenburg
- Eingriffsbilanzierung nach dem Osnabrücker Modell

Relevante Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben ergaben sich durch:¹³

- Bisher liegen keine systematischen Fauna-Erfassungen vor, auf der derzeitigen Planungsebene wird die Beurteilung anhand der Biotoptypen als hinreichend eingestuft.
- Der Landschaftsplan der Gemeinde Cappeln ist mehr als 25 Jahre alt und damit nicht mehr aktuell, weshalb eine wichtige Informationsgrundlage fehlte.

3.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten können, zu überwachen (Monitoring).

Im Folgenden sind sowohl die Überwachungsmaßnahmen zu den Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen (gemäß Anlage 1 Ziffer 2 c) BauGB) als auch die Überwachungsmaßnahmen zu den erheblichen Umweltauswirkungen (gemäß Anlage 1 Ziffer 3 b) BauGB) dargelegt.

Zur Überwachung der Auswirkungen der vorliegenden Planung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen eine Ortsbegehung des Änderungsbereiches durchführen oder veranlassen und dies dokumentieren. So können eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.
- Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen eine Ortsbegehung der Ausgleichsflächen durch einen Fachgutachter veranlassen und dies dokumentieren. So kann überprüft werden, ob die prognostizierte Entwicklung eingetreten ist bzw. eingesetzt hat und ob ggf. weitere Maßnahmen zum Erreichen des Zielzustandes erforderlich sind.
- Die Gemeinde wird Hinweisen von den Fachbehörden und aus der Bevölkerung über unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen der Planung nachgehen und dies dokumentieren.

3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Cappeln möchte auf einer 37.238 m² großen landwirtschaftlichen Nutzfläche Wohnbauflächen ausweisen. Hierzu ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Parallel wird der Bebauungsplan Nr. 52 aufgestellt.

¹³ Hinweis zum Umweltschadensrecht: Auf Grundlage der aktuell vorliegenden Kenntnisse sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG abschließend prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

Bestand

Der überwiegende Teil des Änderungsbereiches wird durch eine Ackerfläche ausgemacht. Westlich besteht ebenfalls ein Acker. Östlich befindet sich der Siedlungszusammenhang von Cappeln. Nördlich wird das Änderungsbereich durch den geschotterten Herzog-Erich-Weg sowie die Straße „Cappeler Damm“ und südlich durch den Mühlenweg begrenzt. Nordöstlich und südwestlich sind Gehölzstrukturen aus alten Laubbäumen zu finden.

Auswirkungen auf Natur und Landschaft, Eingriffsregelung

Die Realisierung eines Wohngebietes auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Ackerfläche wird planungsrechtlich vorbereitet. Durch die Neuversiegelung sind erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden sowie das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften zu erwarten. Ausgleichsmaßnahmen werden im weiteren Planungsverlauf festgelegt.

Die randlichen Gehölzstrukturen bleiben zur landschaftlichen Einbindung und als Lebensraum erhalten und werden gemäß den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 52 im Westen und Südosten durch Flächen zur Anpflanzung von Gehölzen ergänzt.

Natura 2000-Verträglichkeit

Das nächste FFH-Gebiet liegt mehr als 8 km nördlich, das nächste EU-Vogelschutzgebiet knapp 17 km westlich des Änderungsbereiches. Aufgrund der Distanz werden diese Gebiete durch die Planung nicht beeinträchtigt. Die Natura 2000-Verträglichkeit ist somit gegeben.

Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Unmittelbar südlich des Mühlenweges beginnt das Landschaftsschutzgebiet „Calhorer Mühlenbachtal zwischen Cappeln und Lager Hase“ (LSG CLP 12). Das Landschaftsbild ist von hoher Bedeutung. Das LSG ist außerdem wichtig für den Schutz von gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften. Landwirtschaftliche Intensivierungen, insbesondere Entwässerung und Eutrophierung, sind unbedingt zu vermeiden. Die Planung wirkt sich nicht erheblich auf das Landschaftsschutzgebiet aus, da zwischen Änderungsbereich und dem LSG eine Straße sowie teilweise im Südwesten eine Baumreihe verlaufen. Im Südosten auf Ebene des Bebauungsplanes eine Fläche zur Anpflanzung von Gehölzen festgesetzt, welche die optischen Wirkungen des geplanten Wohngebietes auf das LSG mindern.

Weitere Schutzgebiete oder geschützte Objekte nach Naturschutzrecht befinden sich im Umfeld des Änderungsbereichs nicht.

Besonderer Artenschutz

Tötungen und die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Vogelarten sind durch zeitliche Festlegung der notwendigen bauvorbereitenden Maßnahmen (Baufeldfreimachung) außerhalb der Brutzeiten zu vermeiden. Sofern Erd- und Bauarbeiten zwischen März und August nicht vermieden werden können, sind eine Woche vor Beginn der Arbeiten die betroffenen Biotope auf Gelege und Nestlinge abzusuchen. Aufgefundene Gelege und Nestlinge sind zu sichern oder die Arbeiten vorübergehend bis zum Ende der Brut- und Aufzuchtzeit einzustellen.

3.4 Referenzliste der herangezogenen Quellen

DRACHENFELS, OLAF V. (2021): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen. In: NLWKN: Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen, A/4.

LANDESAMT FÜR BERGBAU, ENERGIE UND GEOLOGIE (LBEG) (2017): Flächenverbrauch und Bodenversiegelung in Niedersachsen. Geoberichte 14.

LANDESAMT FÜR BERGBAU, ENERGIE UND GEOLOGIE (LBEG): NIBIS Bodenkartenserver, abrufbar unter: <https://nibis.lbeg.de/cardomap3/> [letzter Zugriff: 10.06.2022].

LANDKREIS OSNABRÜCK (2016): Osnabrücker Kompensationsmodell. Arbeitshilfe zur Vorbereitung und Umsetzung der Eingriffsregelung.

MOSIMANN, THOMAS; FREY, THORSTEN; TRUTE, PETER (1999): Schutzgut Klima/Luft in der Landschaftsplanung. In: Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 4/99.

NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, BAUEN UND KLIMASCHUTZ (MU): FFH-Steckbriefe, abrufbar unter: [letzter Zugriff: 10.06.2022].

NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, BAUEN UND KLIMASCHUTZ (MU): Umweltkarten Niedersachsen, abrufbar unter: <https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/> [letzter Zugriff: 10.06.2022].

Anhang zum Umweltbericht

Mögliche erhebliche Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase gemäß BauGB, Anlage 1, Nr. 2.b) Ziffer aa) bis hh) u. a. infolge		
aa)	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten:	Wohngebiet auf einer überwiegend landwirtschaftlich genutzten Fläche. Abrissarbeiten nicht ersichtlich.
bb)	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist:	Der Änderungsbereich umfasst eine landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche, die insbesondere für Vögelarten der halboffenen Landschaft als Habitat infrage kommt. Ein Ausgleich wird erforderlich. Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes werden durch Gehölze und Angliederung an das Ortsbild abgeschwächt.
cc)	Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen:	Lärm, Staub und Erschütterungen sind über die Bau-phase hinaus nicht zu erwarten.
dd)	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung:	Angaben über Art und Menge von Abfällen liegen nicht vor, sind aber nicht im besonderen Maße zu erwarten. Die anfallenden Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt und abgeführt.
ee)	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle und Katastrophen):	Vorhabenbedingt sind mit dem Standort keine besonderen Risiken zu erwarten, da mit dem zulässigen Vorhaben keine Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen verbunden sind.
ff)	Kumulierung mit den Auswirkungen benachbarten Änderungsbereiche unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen:	Es sind keine Kumulierungseffekte ersichtlich.
gg)	Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels:	Den Belangen des Klimaschutzes wird durch den Erhalt und die Ergänzung der Gehölzstrukturen auf Ebene des Bebauungsplanes Rechnung getragen. Für die Klimaanpassung werden ebenfalls auf Ebene des Bebauungsplanes öffentliche Grünflächen geschaffen. Geplant ist außerdem die Umsetzung eines Regenrückhaltebeckens.
hh)	Eingesetzte Techniken und Stoffe:	Während der Bau- und Betriebsphase eingesetzte Techniken und Stoffe, die zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, sind nicht bekannt.

Nachfolgend ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben insbesondere zu erheblichen Umweltauswirkungen sind den jeweiligen Kapiteln des Umweltberichtes näher erläutert.

Die Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen, welche für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung in die Umweltprüfung eingestellt wurden, sind in Kap. 2.2 des Umweltberichtes dargestellt.

Vorab werden einige Erläuterungen zu der nachfolgenden tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen aufgeführt.

Erläuterungen zur tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen	
die Beurteilung der Umweltauswirkungen wird wie folgt vorgenommen	
o	keine bedeutsamen Umweltauswirkungen ersichtlich/ zu erwarten
x	Umweltauswirkungen zu erwarten, aber unerheblich
X	Umweltauswirkungen von einiger Relevanz zu erwarten, nähere Erläuterungen in Kap. 2.2 ff. des Umweltberichtes
kurzfristig	vorliegend definiert als < 3 Jahre andauernd/ innerhalb von 3 Jahren nach Umsetzung der geplanten Vorhaben einsetzend
mittelfristig	vorliegend definiert als 3 – 15 Jahre, generell überschaubare Perspektive der Bauleitplanung
langfristig	vorliegend definiert als 15 Jahre, danach ggf. bauleitplanerische Überprüfung, Anpassung

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	vorübergehend	positiv	negativ	
a) Auswirkungen auf ...													
Tiere	X	o	o	o	o	x	x	X	X	o	o	X	Inanspruchnahme von Biotopen als Lebensräume insbesondere für Brutvögel. Ausgleich ist erforderlich.
Pflanzen	X	o	o	o	o	x	x	X	X	o	o	X	Durch die Flächeninanspruchnahme geht Lebensraum für Pflanzen verloren. Ein Ausgleich ist erforderlich.
biologische Vielfalt	x	x	o	o	o	o	o	o	o	x	o	x	Eingeschränkte biologische Vielfalt aufgrund der bestehenden Nutzung. Daher keine erhebliche Beeinträchtigung.
Fläche	X	o	o	o	o	X	X	X	X	o	o	X	Zusätzliche Flächeninanspruchnahme mit einer zusätzlichen Versiegelung von etwa etwa 22.406,7 m². -xx ha.
Boden	X	o	o	o	o	X	X	X	X	o	o	X	Zusätzliche Bodeninanspruchnahme durch Erhöhung der Versiegelung. Bodenfunktionen werden durch Versiegelung erheblich beeinträchtigt, was einen Ausgleich erforderlich macht.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes ein- schließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	voriibergehend	positiv	negativ	
Wasser	x	x	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Vorbereitung der Erhöhung des Oberflächenabflusses. Eine Betroffenheit eines Oberflächengewässers wird nicht vorbereitet.
Luft	x	o	o	x	o	x	x	x	x	x	o	x	In der Bauphase ist temporär mit zusätzlichen Emissionen zu rechnen. Mit den künftigen Anwohnerverkehren sind Emissionen von Luftschadstoffen verbunden. Diese erreichen jedoch nur ein begrenztes Ausmaß, da keine besonders hohen Verkehrsdichten erzeugt werden.
Klima	x	x	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Versiegelungen wirken sich auf das Mikroklima in geringem Umfang aus. Großräumige Änderungen des Klimas werden nicht vorbereitet.
Wirkungsgefüge	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Über das allgemeine Wirkungsgefüge hinaus sind keine besonderen Beziehungen ersichtlich.
Landschaft	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Großräumige Änderungen des Landschafts- und Ortsbildes werden nicht vorbereitet – Minderung durch Gehölze und Angliederung an ein Wohngebiet.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen	
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	voriibergehend	positiv	negativ		
b) Ziel u. Zweck der Natura 2000-Gebiete	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Natura 2000-Gebiete sind nicht betroffen.
c) umweltbezogene Auswirkungen auf Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	x	o	<u>Die Wohnqualität beeinträchtigende Lärmimmissionen sind nicht zu erwarten. Angaben zu den Geruchsmissionen werden noch ergänzt.</u>	
d) umweltbezogene Auswirkungen auf ...														
Kulturgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Ein Hinweis auf Kulturgüter liegt nicht vor.	
sonstige Sachgüter	x	o	o	o	o	x	x	x	x	o	o	x	Verlust eines Ackers in einer landwirtschaftlich geprägten Umgebung. Für die im Nordwesten verlaufende Gasleitung wird ein Schutzstreifen festgelegt.	
e) Vermeidung von Emissionen	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.	

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen	
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	voriibergehend	positiv	negativ		
sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Anfallende Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt.
f) Nutzung erneuerbarer Energien	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.
sparsame und effiziente Nutzung von Energie	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Es sind die Vorgaben der Energiesparverordnung anzuwenden
g) Darstellungen von														
Landschaftsplänen	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Der LRP Cloppenburg formuliert keine konkreten Maßnahmen für das Plangebiet.
sonstigen Plänen (Wasser-, Abfall-, Immissions-schutzrecht u.a.)	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Hinweise liegen nicht vor.

Insbesondere zu berücksichtigende Belange des Umweltschutzes ein- schließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB)	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase												Kurz-Erläuterungen
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	voriibergehend	positiv	negativ	
h) Erhaltung der bestmöglichen Luft- qualität in Gebieten, in denen EU- festgelegte Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine Betroffenheit derartiger Gebiete.
i) Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes (Buchstaben a bis d)	x	x	x	x	o	x	x	x	x	x	x	x	Über die allgemeinen Wechselbeziehungen hinaus sind keine beson- deren Wechselwirkungen ersichtlich.